

# Die organisierte Unverantwortlichkeit: Die Schweiz hat gewählt

Gestern haben meine drei Kinder gestritten. Der Erst- zum Zweitgeborenen: «Wenn Shrek (Dreamworld-Filmfigur: Analogien mit lebenden Personen beachtlich) nicht dazu gehört, spiel ich nicht mehr mit!» Der Zweite: «Gut, dann

---

## Regula Stämpfli

---

spiel ich allein!» Beide sauer bis der Dritte im Bunde, nämlich das Nesthäkchen, sich auch einmischt und alles noch schlimmer macht: «Den Shrek will ich auch nicht, dafür aber Sully von MonstersInc!» Die Auseinandersetzungen waren mühsam bis nach zwei Stunden das Gruselkabinett meiner drei Söhne komplett war: Dazu gehörten (für alle Comic und SciFi-Fans): Shrek, Sully und Darth Vader.

Falls Ihnen die Situation bekannt vorkommen sollte, dann liegt das nicht an unserer allenfalls gemeinsamen Erfahrung als Erziehende, sondern an der politischen Aktualität. Was in den letzten Wochen in Bundesbern, im Zürcher Finanz- und Medienherzen und in anderen Schweizer Provinzstädten zelebriert wurde, erinnerte zu einem grossen Teil an Sandkastengefechte.

Wenn es nicht zum Heulen wäre, dann könnte man aus europäischer Distanz sogar darüber lachen. Doch eigentlich geht es im Schweizer Politdrama um mehr als nur ein bisschen Sand in den Augen, Machogehabe und Kautau-Rituale. Es ist auch mehr als die von Hans Ulrich Jost in der Wochenzeitung vom 6. November

2003 so schön formulierten These des «neuen politischen Stils mit uralten Seilschaften».

Nein, die neue Unübersichtlichkeit politischer Kräfteverhältnisse birgt einen politischen Kulturwandel und Sprengstoff, den die Schweiz vielleicht tatsächlich als rechtskonservativen Kleinstaat im Herzen Europas etabliert, der sich aber langfristig für die Entwicklung des – auch sozial republikanisch inspirierten – «Sonderfalls» als selbstzerstörerisch herausstellen könnte.

## Der Wahlkampf

Doch gemacht. Was ist am 19. Oktober 2003 passiert? Mit einer Wahlbeteiligung von 45,6% ist die Partizipationstalsohle von 1995 (42,2%) endlich überschritten. Wie schon bei den letzten Abstimmungen feststellbar, präsentiert sich die Schweiz als politisierter und entsprechend ihrer traditionell unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung – im Vergleich zu europäischen Ländern – etwas mobilisierter als auch schon. Nicht mehr nur Personen, sondern vor allem auch Parteiprogramme wurden 2003 gewählt. Dabei galt die SVP, wohl nicht zu Unrecht, wenn wir deren Präsenz in den Medien untersuchen, als die führende Personen- und Themenpartei. Stark war auch die Themenbindung bei der SP, doch den Sozialdemokraten gelang es einmal mehr nicht, sowohl ihr eigenes Unterstützungspotential als auch darüber hinaus, stärker zu mobilisieren. Die noch

Die SP hat  
im Wahljahr  
je länger je mehr  
an Unterstützung  
eingebüsst.

vor einem Jahr in Umfragen sehr beliebte SP hat national im Wahljahr je länger je mehr an Unterstützung eingebüsst. Daran war nicht zuletzt die hilflose und von kurzer Hand inspirierte Wahlkampagne schuld: Ein Deiss, der mitten in der Wirtschaftskrise badet, mag zwar zum Hingucken ermuntern, ein Argument für die Wahl der SP ist eine solche Aktion aber nicht.

National hätten sich die Sozialdemokraten am Erfolg ihrer Basler Genossen und Genossinnen orientieren können. Schliesslich wählte Basel schon im April 2003 bei den regionalen Wahlen linksgrün. Im Oktober 2003 haben sich dann knapp 40% der Wählenden in Basel-Stadt für die SP entschieden: Erstens, weil die Partei personell mit einer starken Liste und prominenten Köpfen auftrat, zweitens weil das Paket mit den Grünen taktisch verhielt und drittens weil die SP für genau die Politiken einstand, die ihre Unterstützer und Wechselwähler auch erwarteten: Den Kampf gegen die soziale Demontierung von Gesellschaft und Staat. Drittens führte die Basler SP einen Musterwahlkampf mit grossem personellem Einsatz. Nicht auf die veröffentlichte Wirklichkeit und Medienpräsenz allein wurde gesetzt, sondern das Engagement lief direkt auf der Strasse und von «Beiz zu Beiz». Damit wurde die Kleinräumigkeit eines politischen Wahlkreises gut ausgenützt, mit einem entsprechenden Resultat. Ähnlich machten es auch die Links-Grün-Alternativen im Kanton Zug. Trotz Misstönen im linken Lager wurde mit dem Ständeratswahlkampf das Terrain für die Alternative beackert und zu aller Überraschung der ehemalige Aussenseiterpolitiker Josef Lang gewählt. Politstrategisch sollte die Basler, die Zuger oder auch die Schwyzer Erfahrung (statt FDP Maya Lalive d'Epiney wurde die engagierte Sozialarbeiterin Josy Gyr gewählt) der SP-Fraktion eine Lehre sein. Ebenso wie die Tatsache, dass vor allem auch in der Romandie und im Kanton Bern ausgeprägt gewerkschaftlich

orientierte Köpfe gewählt wurden. Das könnte auch der Zürcher Delegation innerhalb der SP zu denken geben: Denn nicht alles, was in der Bahnhofstrasse glänzt, muss in der «Restschweiz» auch leuchten. Die Mediendominanz Zürichs und mit ihr die SVP-Polterei hat mittlerweile im innenpolitischen Diskurs Dimensionen angenommen, welche die Tatsache, dass jeder sechste Schweizer Wählende in der Nähe des zwinglianischen Seebeckens wohnt und arbeitet, noch übersteigt. Dies blieb bisher nicht ohne Wirkung auf die Zürcher Genossinnen und Genossen, deren Nabelschaupolitik auch Gleichgesinnte nerven kann. Die SP-Fraktion wird gut daran tun, nicht immer nach Zürich zu schielen und sich klar von der traditionell lauten und eckigen Zürcher Wortwahl nicht übertönen zu lassen.

## Das neue Parlament

Wie präsentiert sich nun aber das «neue» Parlament? Das Wahlergebnis zeigt ein Kräfteverhältnis, welches gegen die Pole zieht: die Grünen gewannen phänomenale 2,4% Wähleranteil hinzu, die SP schaffte es immerhin, ihren Besitzstand auf höherem Niveau als 1999 (+0,8%) zu wahren. Eingebrochen ist die selbstdefinierte politische Mitte von CVP und FDP (gemeinsam minus 4,1%) zugunsten einer Rechtsführung im bürgerlichen Block mit dem ausserordentlichen 4,1% Wahlsieg der SVP. Man beachte die totale Kongruenz der Zahlen bei den Mitte-Verlusten und den Rechtsgewinnen! Die national-konservative Blocher-Partei räumte am rechten Rand des politischen Spektrums in der Romandie ähnlich brutal auf wie 1999 in der Deutschschweiz und kann innerhalb des bürgerlichen Blocks klar die Führung beanspruchen.

Dass die Wahlen von 2003 in die Geschichtsbücher eingehen werden, liegt jedoch nicht an der numerischen Zusammensetzung des neuen Parlaments,

sondern an den langfristigen Folgen für die Schweiz und vor allem auch für eine progressive Schweiz.

Zunächst mal zur Arithmetik: Die ist tatsächlich seit Beginn der Zauberformel ähnlich geblieben: Der Bürgerblock konnte mit ungefähr 120 Stimmen im Parlament immer die Politik dieses Landes bestimmen. Die Linke nahm dabei meistens eine Feuerwehroption ein und verhinderte mit ihrem Einsatz den schlimmsten sozialen, wirtschaftlichen, asylpolitischen und ökologischen Flächenbrand. Sie tat dies bisher mit inhaltlicher Kompetenz, politischer Taktik und guter Überzeugungsarbeit bei den Schweizer Politikern im Nebenamt. Zudem wurde den Linken diese Art von Minderheitenpolitik mit hohem moralischen Anspruch mit dem immensen Reichtum dieses Landes, nicht zuletzt dank der Bahnhofstrasse, ermöglicht. Die soziale Mobilität blieb zwar in der direkten Demokratie miserabel (selbst 2003 hat ein Akademikersohn 6mal die höheren Chancen als eine Arbeitertochter auch einen Uniabschluss zu kriegen, unabhängig von Intelligenz und Schulleistung!), die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung mittelalterlich (trotz hoher Erwerbsquote der Schweizer Frauen tummeln sich diese in unterqualifizierten Teilzeitjobs und frönen vor allem in der Deutschschweiz einer Allianz zwischen homöopathisch-ökologischen und traditionell-konservativen Müttermythen) und die wirtschaftspolitische Modernisierung verharrete – abgesehen vom gehätschelten Finanz- und Bankenplatz, der verwöhnten Pharmaindustrie und der privilegierten öffentlichen Angestellten – im embryonalen Zustand.

Der helvetische Filz hält sich ungebrochen. Wirtschaftspolitische Skandale wie Swissair, ABB und Rentenanstalt bleiben ungesühnt. Pornographische Abfindungen ehemaliger hoher Bundesbeamter, Manager oder sonstigen Misswirtschaftlern

bleiben die Regel. Seltsame Vorgänge in VBS oder die Türkei-Äffäre zwischen den Departementen EDA, EDI und EJPD produzieren höchstens Schlagzeilen, aber werden nie wirklich geklärt. Knapp fünf Wochen vor der Bundesratswahl räuspern sich zwar die Linken noch ein bisschen gegen die Wahl eines Christoph Blochers in den Bundesrat, doch eine Oppositionsrolle kommt für die SP offiziell schon nicht mehr in Frage. Die Medienaufgeregtheit kann sich bis zum 10. Dezember halten, doch eigentlich denken alle dasselbe: Die Schweiz wird weiterwursteln wie bisher. Die Finanzreserven sind enorm. Selbst wenn alle untergehen, wir sitzen immer in einem Rettungsboot.

#### Umbau nach rechts

Politisch und inhaltlich wird sich wohl tatsächlich wenig ändern: Die Mietzinse werden weiter steigen, die Krankenkassenprämien auch, die Arbeitslosigkeit wird einen grossen Teil meiner Freundinnen und Freunde in den Medien- und anderen Dienstleistungsbereichen treffen, und die Ausländer-Desintegration und die dadurch entstehende kulturelle Überforderung in den städtischen Milieus noch weiter wachsen. Die Sozialwissenschaften an den Schweizer Universitäten werden trotz Bundessubventionen nach wie vor wenig bis nichts zum politischen Diskurs in diesem Lande beitragen, die Naturwissenschaften im Bereich der Architektur, Pharma- und Biowissenschaften unseren guten internationalen Ruf als Denkwerkplatz wahren. Die desolate politische Bildung (Pisa und OECD Weiterbildungsstudien) wird nach wie vor schubladiert, in den Föderalismus verdrängt und bleibt mehr oder weniger inexistent.

Über Wasser halten werden sich die meisten meiner gut ausgebildeten Altersgenossinnen und Altersgenossen (30-40 Jahre) mit kulturellen Nischen und Selbster-

Die soziale  
Mobilität blieb in  
der direkten  
Demokratie  
miserabel,  
die geschlechts-  
spezifische  
Arbeitsteilung  
mittelalterlich  
und die wirt-  
schaftspolitische  
Modernisierung  
verharrete  
im embryonalen  
Zustand.

fahrungstechniken, unterstützt von einem Teilzeitjob in Schulen, Verwaltung und Spital, oder als Kleinunternehmer mit der Sicherheit von Papis Erbschaft im Rücken. Die wirtschaftliche und soziale Misere mit Ausgrenzungstendenzen werden in meinem Bekanntenkreis vor allem die aufgestiegenen Unterschichtskinder spüren, für welche die Arbeitslosigkeit nicht nur den Einbruch der Selbstwertgefühle bedeutet, sondern tatsächlich an die Nieren geht. Während die Schweiz noch stärker nach rechts umgebaut wird, wird die Linke nach wie vor das tun, was sie am besten kann: Streiten – bevorzugt in den eigenen Reihen

Schwarzmalerei? Nein, purer Realismus. Denn während die Schweiz noch stärker nach rechts umgebaut wird, wird die Linke wohl nach wie vor das tun, was sie am besten kann: Streiten. In den eigenen Reihen am liebsten und meistens in der Öffentlichkeit. Dabei ginge es im Moment wirklich nur um eines: Politische Verhandlungen bis zum Umfallen! Und zwar zugunsten der Aufbrechen der Kartelle und Preisabsprachen, des Abbaus der Subventionen für Armee und Landwirtschaft, der intelligenten Liberalisierung des Service Publics, der Einführung einer bundesweiten Erbschaftsteuer (eine urliberale Forderung), der Sicherung der AHV, der

Reform des Gesundheitssystems und der Neuformulierung eines Migrationsgesetzes. Und last but not least: Eine Aussenpolitik initiieren, die diesen Namen verdient und nicht nur die Summe von 7 bilateral verhandelnden Departementen darstellt!

Doch was für eine Intellektuelle so einfach klingt, ist offenbar in der politischen Praxis unmöglich. Vor allem in einem Land, welches seit Jahrzehnten eine Politik der organisierten Unverantwortlichkeit pflegt. Lieber überlassen alle das Feld der geistigen politischen Kulturvergiftung von rechts. Wenn wir genau hinschauen, entpuppte sich der SVP-Wahlsieg als exakt prognostiziertes politisches Ereignis, welches sich vor unseren Augen während der letzten Legislaturperiode abspielte. Die SVP ist zwar mit ihrer Asylinitiative knapp, mit der Goldinitiative hoch, mit dem Kampf gegen den Beitritt der Schweiz zur UNO knapp gescheitert. Doch der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments sind der SVP inhaltlich brav gefolgt: Sowohl die Asylgesetzrevision, die 11. AHV-Revision, der Finanzausgleich als auch das voreilige Nein zu jeglicher Finanzbeteiligung an der EU-Osterweiterung, sowie die Bestrebungen, das Bankgeheimnis in die Verfassung zu setzen als auch die Globalattacke gegen Villigers Vorschlag einer Erbschaftsteuer (aus den eigenen Reihen der FDP) tragen die Handschrift der SVP.

Deshalb war am 19. Oktober 2003 die Gretchenfrage nicht, ob Christoph Blocher im Bundesrat ja oder nein, sondern: Inwiefern verabschieden sich die Schweizer in ihrer Mehrheit von der politischen und wirtschaftlichen Modernisierung? Inwiefern geben sie sich mit einem gesellschaftlichen Scheinmodernismus zufrieden, dem sie in den kleinen Grosstädten der Schweiz mit sicherem Bankkonto im Rücken, vorzugsweise auf Mountainbike und ohne Kinder frönen dürfen? Wielange muss die Linke Politiken mittragen, die

wenig mit ihren Inhalten zu tun haben, aber doch mehr oder weniger wortlos mitverantwortet werden?

Um mit Hans Ulrich Jost zu sprechen: Das Klima wird sozial kälter werden. Und wenn kein «Wunder von Bern» passiert, steht uns politisch sogar eine Eiszeit bevor. Einen Trost gibt es indessen: In jeder Demokratie verdient das Volk die Regierung, die es schliesslich auch gewählt hat. Und in der Schweiz galt die Vox populi

schon immer mehr als intellektueller Sachverstand.

Die promovierte Berner Politologin Regula Stämpfli ist Expertin für Wahl- und Abstimmungsforschung in der Schweiz und in der EU. Im März 2003 erschien von ihr beim Orell Füssli Verlag «Vom Stummbürger zum Stimmbürger. Das ABC zur Schweizer Politik.»